

## Bundesrat verbietet IS

**VERBOT** Der Bundesrat verbietet die Jihadistengruppe Islamischer Staat (IS) in der Schweiz. Die Verordnung tritt heute in Kraft und ist auf sechs Monate befristet.

Die Gruppierung Islamischer Staat begeht massive Verletzungen der Menschenrechte, schreibt das Verteidigungsdepartement in einer Mitteilung. Aufgrund der Eskalation der vergangenen Wochen habe der Bundesrat entschieden, den IS und verwandte Organisationen zu verbieten. Die Verordnung verbietet sämtliche IS-Aktivitäten im In- und Ausland sowie alle Aktionen, die deren materieller oder personeller Unterstützung dienen, etwa Propaganda- oder Geldsammelaktionen und das Anwerben von Mitgliedern. Weiterhandlungen werden mit bis zu drei Jahren Gefängnis oder mit einer Geldstrafe geahndet, sofern nicht strengere Strafen zur Anwendung kommen. *sda*

## In Kürze

### BANKEN

#### Postfinance krebst zurück

Postfinance-Kunden müssen doch nicht akzeptieren, dass ihr Zahlungsweg gegen ihren Willen ausgewertet wird. Auf Druck des eidgenössischen Datenschützlers gewährt die Postfinance ihren Kunden die Wahlmöglichkeit, ob Personendaten zu Marketingzwecken analysiert werden. Konkret geht es um das 2015 geplante Schnäppchenportfoli der Post-Tochter. *sda*

### BILLAG

#### Gewerbe wehrt sich gegen Gebühr

Der Schweizerische Gewerbeverband SGV ergeht das Referendum gegen die neue Billag-Mediensteuer. Wie der Dachverband mittelt, startete gestern die Unterschriftenammlung. Der SGV wehrt sich dagegen, dass das neue Radio- und Fernsehgesetz (RTVG) für alle Privathaushalte und für Unternehmen ab einem Umsatz von 500 000 Franken eine generelle Mediensteuer einführen will. *pd/as*

### BUNDES RAT

#### Bund setzt ab 2016 auf E-Rechnungen

Die Bundesverwaltung akzeptiert ab dem 1. Januar 2016 nur noch elektronische Rechnungen, sofern der Vertragswert 5000 Franken übersteigt. Dies hat der Bundesrat gestern beschlossen. Heute beträgt der Anteil der E-Rechnungen an den 700 000 jährlich in der Bundesverwaltung eingehenden Rechnungen nur 43 Prozent. *sda*

### ARBEITSLOSENZAHLEN

#### Quote bleibt stabil

Die Arbeitslosenquote in der Schweiz ist im September stabil bei 3,0 Prozent geblieben. In der Romandie und im Tessin verbesserte sie sich im Jahresvergleich um 0,1 auf 4,3 Prozent, wie aus der Statistik des Schweizer Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) hervorgeht. Die Quote in der Deutschschweiz blieb mit 2,5 Prozent unverändert. Im Kanton Bern stieg die Zahl der Arbeitslosen um 114 auf 12 654 Personen. Die Quote ist unverändert bei 2,3 Prozent. *sda/as*

### EUROPAS VÖLKER OHNE STAAT SEZESION ODER AUTONOMIE?

## Das neu erstarkte Selbstbewusstsein der Minderheiten

Europa wächst zusammen – das ist das Mantra aus Brüssel. Doch nicht nur in Katalonien oder Schottland träumen viele von der Unabhängigkeit. 1989 gab es in Europa 35 Länder, heute aber sind es bereits 47. Die Sprache spielt bei den Separationsbestrebungen in West und Ost nicht immer die Hauptrolle.

Padania. Das war der Traum von Lega-Gründer Umberto Bossi in Italien. Angetreten war er 1990, um mit dem «diebischen» Rom abzurechnen. Ziel war die Unabhängigkeit des Fantasiegebildes Padania im Norden. Im September 1996 wollte Bossi mit einem Marsch von der Quelle des Po bis zu dessen Mündung in die Adria mit viel Brimborium die Scheidung von Rom einleiten. Dann wurde der heute 73-Jährige (erneut) Juniorpartner in der Regierung von Silvio Berlusconi. 2005 vermachte er so eine bescheidene administrative Dezentralisierung durchzusetzen und feierte diese als Prestigeerfolg. Devolution statt Padania. Der Berg hatte eine Maus geboren. Eben hat die Regierung von Matteo Renzi auch diese Maus verscheucht: Die Dezentralisierung habe nur Doppelsprüngel und Kosten verursacht. Viele Provinzen werden jetzt ganz abgeschafft.

**Interne Erweiterung**  
Dagegen hat die Schweiz Erfahrungen mit «interner Erweiterung»: 1979 entstand so nach einer Kaskade von Abstimmungen der Kanton Jura. Um Regeln für die «interne Erweiterung» wird die EU über kurz oder lang nicht herumkommen.

Denn der Drang nach mehr Autonomie und Souveränität geistert weiter durch das angeblich unaufhaltsam zusammenwach-



Auch im 21. Jahrhundert lassen sich selbst in Europa Massen für die Unabhängigkeit mobilisieren: Grosskundgebung

in Barcelona am 11. September 2014 für die politische Eigenständigkeit Kataloniens von Spanien.

## Streit um Tattoos bei Grenzwächtern

**ZOLL** **Tattooverbot bei der Grenzwacht: Aspiranten müssen unterschreiben, dass sie sichtbare Hautzeichnungen entfernen lassen. Altgediente Grenzbeamte dürfen sie be halten, müssen dann aber auch bei sommerlicher Hitze Langarmhemd mit Krawatte tragen. Das sorgt für Unmut.**

Egal ob Eidechse, Blume, Rose oder der Name der Tochter: Seit vier Jahren darf nur noch Grenzwächter werden, wer unterschreibt, sein Tattoo entfernen und kein neues stechen zu lassen. Denn bei der Grenzwacht sind alle Tätowierungen die unter der Uniform hervorlugen könnten, verboten. Der Grund: Jürg Noth, Chef der schweizerischen Grenzwacht, ist kein Freund von Hautzeichnungen: Er findet sichtbare Tätowierungen «aggressiv und martialisch». Er lehnt sie darum ab, schreibt er in der Oktoberausgabe des Magazins des Personalverbandes Transfair.

### Vorschrift präzisiert

Obwohl Tattoos heute als salonfähig gelten und auch prominente Persönlichkeiten wie die Gattin des deutschen Ex-Bundespräsidenten Bettina Wulff, Michelle Hunziker oder die Frau von Alt-Bundesrat Joseph Deiss Tätowierungen tragen, denkt man bei der Grenzwacht nicht an eine Lockerung des Verbots. Im Gegenteil.

Grenzwachschef Noth präzisiert: jüngst das bisher oft formuliert und deshalb wohl nicht konsequent durchgesetzte Verbot. Demnach steht nun fest, dass bereits im Dienst stehende Grenzwächter sichtbare Tätowierungen zwar behalten dürfen, diese aber abdecken müssen. Dazu lässt Noth zwei Möglichkeiten offen: Entweder müssen die Grenzwächter die Tätowierungen

gen jeweils vor Dienstantritt mit Schminke abdecken oder stets Tenui Langarm tragen. Das heisst: ein bis zu den Handgelenken zugeknöpftes Hemd mit Krawatte auch bei sommerlicher Hitze tragen, während die Kollegen kurzärmelig und ohne Halsbinde Grenzgänger kontrollieren oder nach Schmugglern suchen. Dass das Kommando der Grenzwacht neu auch bei altgedienten Mitarbeitern präzise Vorschriften zur Abdeckung der Tätowierungen durchsetzt, sorgt bei Grenzwächtern im Tessin für Unmut. Sie be schwerten sich bei Transfair.

Noth verteidigt gegenüber Transfair seine Haltung: Grenzwächter seien für «Reisende die ersten Kontaktpersonen in der Schweiz und somit eine Visitenkarte für unser Land». Er wolle deshalb ein «korrektes Erscheinungsbild». Tattoos seien auch bei vielen Polizeikorps verboten. Ob Noths Erklärungen, die tätowierten Tessiner Grenzwächter zufriedenstellte, ist laut Janine Wicki von Transfair offen. Unbekannt ist, ob sich Grenzwächter auch in anderen Regionen mit dem präzisierten Befehl schwer tun.

### Polizei ist toleranter

Eine Anfrage bei der Berner Kantonspolizei ergab indessen, dass man zumindest in Berner Polizeikorps einen differenzierteren Umgang mit Blumen, Tieren und Namen auf der Haut pflegt: «Kleiner, neutrale Tätowierungen sind grundsätzlich zugelassen, auch wenn sie in Uniform sichtbar sind», sagt Polizeisprecherin Corinne Müller. Nur grossflächige Tätowierungen müssen die Polizisten während des Dienstes bei direktem Kontakt mit der Bevölkerung abdecken.

*Mischa Aebi*

## Alte Gotthard-Bergstrecke bleibt wichtig

**VERKEHR** Der Bundesrat will die alte Eisenbahnstrecke am Gotthard auch nach Eröffnung des Neat-Basistunnels weiterbetreiben – für den Erschliessungsverkehr und für Touristen. Die Betriebskosten sollen aber gesenkt werden.

des Neat-Tunnels entwickeln, sei periodisch eine Neubewertung nötig. Verbindliche Beschlüsse zur mittel- und langfristigen Nutzung könnten erst nach der Inbetriebnahme des Ceneri-Basistunnels getroffen werden. Aus heutiger Sicht wird dies frühestens 2025 der Fall sein.

Bis zum Auslaufen der SBB-Fernverkehrskonzession Ende 2017 wird das Angebot auf der Gotthard-Bergstrecke laut Bundesrat trotz des Neat-Basistunnels «grosses Bedeutung». Dies aus raumplanerischen, regionalpolitischen und verkehrstechnischen Gründen, wie die Regierung zu einem gestern veröffentlichten Bericht festhält. Mit der Eröffnung des Gotthard-Basistunnels werden der Fern- und der Güterverkehr durch den alten Tunnel weitgehend wegfallen. Weil klar sei, wie sich die Nachfrage nach der Eröffnung vergrössern. *sda*

te die territoriale Unantastbarkeit des Sowjetreiches, das von vielen als Gefängnis empfunden wurde. Allein im europäischen Teil der Sowjetunion sind so neben Russland 6 weitere Länder entstanden, die drei baltsischen Staaten gehören heute der EU an.

Doch für die Ewigkeit ist auch dieses Europa nicht gemacht: Im März hat Russland die ukrainische Halbinsel Krim annexiert. Putin benutzt das Selbstbestimmungsrecht zynisch als reines Machtinstrument von aussen. Wenige Tausend russische Soldaten genügen, um ganze Regionen gehörig fühl, ist man weit entfernt.

### Die Europeada

Quer durch Europa haben auch viele andere Minderheiten keinen eigenen Staat. Und sie reklamieren das für sich meist auch gar nicht, so wie die Sorben in Sachsen oder die Rätoromanen in Graubünden. Wichtig sind für sie verbrieft und respektierte Minderheitenrechte. Eine Teilnahme als ethnische Gruppe an Olympiaden oder Europameisterschaften bleibt den Roma oder den Sorben verwehrt. 2008 hat man daher die Europeada ins Leben gerufen, die Fussball-EM der sprachlichen Minderheiten. Dort treffen etwa die Nordfriesen auf die Zimber – eine bairische Sprachminorität in Trentino mit noch rund 1000 Sprechern.

### INTERNATIONALE KONFERENZ IN BERN

**Von Schottland bis zur Krim:** Die Schotten haben am 18. September 2014 die Unabhängigkeit von Großbritannien abgelehnt. Die Katalanen haben vor Anfang November über ihre Loslösung von Spanien abgestimmt. Die Frage der Selbstbestimmung bleibt auch in einem Umfeld politischer Stabilität und innerhalb der EU hochaktuell. Unter umgekehrten Vorzeichen kämpft in der Ostukraine eine von Russland unterstützte russische Minderheit mit Waffengewalt darum, sich an Russland statt am Westen zu orientieren.

Auf dem Landkarte verschwunden sind vor allem Jugoslawien und die Sowjetunion. Der Vielvölkerstaat Jugoslawien hat sich nach Ende des Kalten Krieges in blutigen Bruderkriegen selbst zerfleischt. Inzwischen gibt es auf dessen Territorium sieben unabhängige Staaten (vgl. Karte). Die Sowjetunion musste nach der Wende im Zeichen von Glasnost und Perestroika so manch einen ihrer Bestandteile ziehen lassen – begleitet von Aufständen, Revolutionen und Palaststößen. Anfang der 90er-Jahre jagten sich die Unabhängigkeitserklärungen. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker verdrängt.

Die Universität Bern führt zu diesen Fragen von heute bis am Samstag eine internationale Konferenz durch. **Vertreter aus**

